

Vimentis-Fragebogen Nationalratswahlen 2019

Politische Positionen Markus Reck (GLP) im Detail

Frage

Antwort

Kommentar

Legende:

++ Bin dafür

+ Bin eher dafür

Neutral/weiss nicht

- Bin eher dagegen

-- Bin dagegen

Fragen zu Öffentliche Sicherheit & Rechtssystem

1 Der Cannabiskonsum soll nach Vollendung des 18. Lebensjahres legal werden.



2 Das aktive Wahl- und Stimmrecht soll von 18 auf 16 Jahre reduziert werden.





3 Es soll gesetzlich vorgeschrieben werden, dass mindestens jede dritte Kaderstelle in der Bundesverwaltung von einer Frau besetzt wird.





4 Angestellten im öffentlichen Dienst mit Kontakt zur Bevölkerung soll das Tragen von religiösen Symbolen (Kruzifixe, Kippas, Kopftücher etc.) verboten werden.





5 Parteien sollen Spenden und Beiträge von über CHF 10'000.- offenlegen müssen. 


6 Gesichts- und Ganzkörperverschleierung sollen schweizweit verboten werden. 


7 Bei Kriminaldelikten soll vermehrt kurzzeitiger Freiheitsentzug anstelle von gemeinnütziger Arbeit und Geldstrafen ausgesprochen werden. 

8 Personen, welche die Schweizer Sicherheit gefährden, sollen ausgeschafft werden können, auch wenn die Sicherheit dieser Person im Ausschaffungsland nicht garantiert werden kann. 


9 Die Polizei soll vermehrt mit Body-Cams ausgestattet werden, welche Übergriffe auf Polizeibeamte verhindern und eine klare Beweislage schaffen sollen. 


10 Die Armee soll neue Kampfjets und Fliegerabwehrraketen für CHF 8 Milliarden beschaffen. 


11 Frauen sollen auch Armee-, Zivildienst oder Zivilschutz leisten müssen. 


12 Die Verschiebung von Wehrdienstleistenden von der Armee in den Zivildienst soll gestoppt werden, indem der Zivildienst unattraktiver gestaltet wird. 


Fragen zu Aussenpolitik & Integration Ausländer


13 Der Bund soll mehr Gelder für die Integration ausländischer Jugendlicher zur Verfügung stellen. 


14 Der Bund soll die Grenzkontrollen insbesondere im Bahnverkehr weiter ausbauen. 

15 In der Schweiz ausgebildete Hochschulabgänger/innen aus nicht EU/EFTA-Staaten sollen nicht mehr unter die Zuwanderungskontingente für Drittstaatenangehörige fallen. 

16 Die Schweiz soll mehr Flüchtlinge direkt aus den Krisengebieten aufnehmen. 

17 Staatliche Entwicklungshilfen sollen an die Rücknahme von abgewiesenen Asylbewerbern durch ihre Herkunftsländer gekoppelt werden. 

18 Ausländer/innen, die seit 10 Jahren in der Schweiz leben, sollen das aktive Wahl- und Stimmrecht auf Kantonsebene erhalten. 

19 Die Schweiz soll für einen nichtständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat kandidieren. 

20 Schweizer Armeeinghörige sollen unter UNO- oder OSZE-Mandaten im Ausland Einsätze leisten dürfen, in denen sie zur Verteidigung bewaffnet sind.



21 Um Freihandelsabkommen mit neuen Märkten wie Südamerika und Südostasien abzuschliessen, soll die Schweiz wirtschaftliche Massnahmen wie z.B. Schutzzölle für landwirtschaftliche Importprodukte abbauen, die ökologische und menschenrechtliche Standards einhalten.



22 Das im Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU vorgesehene Schiedsgericht zur Beilegung von Streitigkeiten soll sich auf den EuGH stützen, sofern die strittigen Punkte EU-Recht betreffen.




23 Um die Massnahmen zum Schutz von Löhnen und Arbeitsbedingungen (sog. flankierende Massnahmen) behalten zu können, soll die Schweiz das institutionelle Rahmenabkommen nicht unterzeichnen und dafür in Kauf nehmen, dass das Abkommen bzgl. der technischen Handelshemmnisse (MRA) nicht erneuert wird.





24 Eine erneute Kohäsionsmilliarde soll nur dann an die EU gezahlt werden, wenn diese auf diskriminierende Massnahmen gegen die Schweiz verzichtet, wie z.B. die Wieder-Gewährleistung der Börsenäquivalenz und die Erneuerung des Abkommens bzgl. der technischen Handelshemmnisse (MRA)





Fragen zu Sozialpolitik & Gesundheitssystem


25 Die Schweiz soll für Kinder im Kindergartenalter eine Impfpflicht erlassen. 


26 Jede Art von Werbung für Tabakprodukte, die Kinder und Jugendliche erreicht, soll verboten werden. 

27 In der Schweiz soll die direkte aktive Sterbehilfe durch eine/n speziell autorisierte/n Ärztin/Arzt erlaubt werden. 

28 Es soll eine Widerspruchslösung in der Organspende eingeführt werden. 

29 Es sollen mehr Personen ein Anrecht auf eine Verbilligung der Krankenkassenprämien erhalten. Um dies zu erreichen werden die Bundes- und Kantonsbeiträge erhöht. 

30 Um die obligatorische Prämie zu senken, soll der Leistungskatalog der Obligatorischen Krankenkasse auf die lebensnotwendigsten Leistungen eingeschränkt werden. Für die weiteren Leistungen können individuelle Zusatzversicherungen abgeschlossen werden. 

31 Der Bund soll den preisgünstigen Wohnungsbau fördern, indem bei Neueinzonungen mindestens 30% der anzurechnenden Geschossfläche 

Genossenschaften zur Verfügung gestellt werden muss.

32 Der Anreiz für Arbeitslose eine Stelle zu finden soll erhöht werden, indem die Höhe der Arbeitslosengelder bei längerer Bezugszeit reduziert wird.



33 Es soll ein verstärkter Kündigungsschutz für Arbeitnehmer/innen über 55 Jahren eingeführt werden.



34 Mittelfristig soll das ordentliche Rentenalter für Frauen und Männer je um mindestens ein Jahr erhöht werden (d.h. für Männer auf mindestens 66 Jahre und für Frauen auf mindestens 65 Jahre).



35 Der Umwandlungssatz der Beruflichen Vorsorge soll von der eidgenössischen BVG-Kommission in Abhängigkeit von der Lebenserwartung und den erwarteten Durchschnittsrenditen am Kapitalmarkt bestimmt werden.



36 Der Grundbedarf für den Lebensunterhalt der Sozialhilfe soll gesenkt werden.



Fragen zu Familien- & Bildungspolitik

37 Schüler/innen sollen in allen Kantonen als erste Fremdsprache eine Landessprache lernen.



38 Fremdsprachige Kinder sollen zu Beginn in separaten Deutschklassen unterrichtet und erst bei genügenden Deutschkenntnissen in die Regelklasse aufgenommen werden.



39 Die Leistungen der Schüler/innen sollen schweizweit bereits ab der 1. Klasse mit Noten bewertet werden.



40 Die Zulassungskriterien für Kantonsschulen sollen erhöht werden.



41 Um die Qualität von Gymnasien schweizweit vergleichen zu können, sollen die Hochschulabschlussquoten pro Gymnasium öffentlich gemacht werden.



42 An Studierende von wenig vermögenden Familien sollen anstelle von Stipendien vermehrt zinslose Darlehen vergeben werden.



43 Die Eltern, die das Angebot von Tagesstrukturen bei Volksschulen nutzen, sollen maximal die Hälfte der Kosten tragen. Die restlichen Kosten sollen die Kantone und Gemeinden übernehmen.



44 Der Bund soll zukünftig jährlich rund 0.3% des Bruttoinlandproduktes respektive CHF 2 Milliarden investieren, um in Zusammenarbeit mit Kantonen und Gemeinden ein schweizweit koordiniertes öffentliches Angebot an familienergänzender Betreuung von Kindern ab 3 Monaten zu erschaffen.



Aus meiner Sicht würden 0,1% vollauf genügen, aber im Grundsatz okay.

45 Die Obergrenze der abzugsfähigen Kosten für Fremdbetreuung soll in der direkten Bundessteuer von CHF 10'000.- auf 25'000.- erhöht werden.



46 Gleichgeschlechtliche Paare in eingetragener Partnerschaft sollen neu neben Stiefkindern auch fremde Kinder gemeinsam adoptieren dürfen.



47 Zusätzlich zum klassischen Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen soll eine sogenannte Elternzeit von 12 Wochen eingeführt werden.



Kumulativ würden aus meiner Sicht 8 Wochen (4+4) auch ausreichen.

48 Die Heiratsstrafe soll abgeschafft werden, indem Ehepaare den tieferen Steuerbetrag gemäss Individualbesteuerung und gemeinschaftlicher Veranlagung bezahlen müssen.




Fragen zu Umwelt, Verkehr, Energie & Kommunikation


49 Die Schweiz soll jährlich CHF 12 Milliarden zusätzlich in erneuerbare Energien investieren.





50 Der Strommarkt soll vollständig liberalisiert werden, sodass der/die Endverbraucher/in den Stromanbieter im Schweizer Markt selbst bestimmen kann.





51 Der Bundesrat soll Preisobergrenzen für Roaminggebühren festlegen. 


52 Der Bund soll verpflichtende Mindeststandards an Cybersicherheitsmassnahmen für Schweizer Unternehmen festlegen. 


53 Zukünftig sollen auch Online- und Print-Medien aus den Mitteln der Radio- und Fernsehgebühr unterstützt werden, wenn sie auf lokaler oder regionaler Ebene Service-Public-Leistungen erbringen. 

54 Ab dem Jahr 2030 sollen keine Neuwagen mit Verbrennungsmotor mehr zum Verkauf zugelassen werden. 

55 In der Schweiz sollen Passagiere für Flüge eine CO2-Flugticketgebühr bezahlen müssen, unabhängig von einer solchen internationalen Einführung. 

56 Neben fossilen Brennstoffen sollen neu auch Treibstoffe mit einer Lenkungsgebühr besteuert werden. Die Einnahmen sollen analog der Lenkungsgebühr für Brennstoffe gleichverteilt an die Bevölkerung/ Unternehmen zurückverteilt werden. 

57 In der Schweiz soll industrielle Massentierhaltung verboten werden. 

58 Der Bund soll die Nutzung von Carsharing-Modellen finanziell unterstützen. 

59 Um Kapazitätsprobleme und Engpässe im Strassen- und Schienenverkehr zu beseitigen, soll der Bund ein Mobility Pricing einführen, das den Strassen- und Schienenverkehr zu Spitzenzeiten und auf viel befahrenen Strecken verteuert und diesen zu Randstunden und auf Nebenrouten verbilligt.



60 Das Generalabonnement (GA) und das Halbtax-Abonnement sollen durch ein stufenweises Rabatt-Abonnement ersetzt werden, bei dem der prozentuale Rabatt auf die Einzelticketpreise mit höherer Nutzung zunimmt. Dafür sinken die Regelticketpreise.



61 Der Bund soll das Projekt Cargo sous terrain finanziell unterstützen.



Fragen zu Wirtschaftspolitik, Steuern & Staatsfinanzen

62 Es soll ein Mindestlohn von CHF 4000.- eingeführt werden.



63 Die Geschäftsöffnungszeiten sollen in der Schweiz vollständig liberalisiert werden.



64 Lebensmitteln soll der Zugang zum Schweizer Markt nicht automatisch gewährt werden, auch wenn sie in der EU zugelassen sind.



65 Das Exportverbot von Rüstungsmaterial in Länder, in denen bewaffnete Konflikte



ausgetragen werden, soll durch eine Einzelfallprüfung ersetzt werden.

66 In der Schweiz sollen Parallelimporte von Medikamenten zugelassen werden.



67 Der Postfinance soll die Erlaubnis zur Kredit- und Hypothekenvergabe erteilt werden.



68 Das Ausgabenwachstum des Bundeshaushaltes soll maximal gleich hoch sein wie das Wirtschaftswachstum.



69 Personen mit einem Bruttoeinkommen von mehr als CHF 250'000.- sollen höhere Steuersätze bezahlen als heute, dafür sollen die Einkommenssteuersätze für Personen mit tieferem Einkommen reduziert werden (Erhöhung der Steuerprogression).



70 Der Bund soll kantonale Mindeststeuersätze für die Gewinnsteuer bei Unternehmen erlassen, um den interkantonalen Steuerwettbewerb zu dämpfen.



71 Der Bund soll den automatischen Informationsaustausch auch zwischen inländischen Banken und Steuerbehörden für Schweizer Staatsbürger/innen einführen.



72 Der Eigenmietwert soll abgeschafft werden.



73 Die Pauschalbesteuerung von vermögenden ausländischen Steuerzahlenden soll in der Schweiz verboten werden.

